

HALBHERZIGE ENTSCHÄDIGUNG

Renate OSCHLIES

Frau S. aus dem Kreis Oschatz bekommt heute 650 Euro Rente. Sie schlug sich in der DDR als Hilfsschwester im Krankenhaus durch. Der Staat hatte dafür gesorgt, dass die Klassenbeste kein Abitur, ja nicht einmal die 10. Klasse machen durfte, die sie später nachholte. Da sie nicht in der FDJ war, die sozialistische Jugendweihe ablehnte und staatliche Behörden feststellten, "dass eine sozialistische Erziehung im Elterhaus nicht gewährleistet ist", blockierte man ihren Weg in Ausbildung und Beruf. So war das in den frühen Jahren der DDR und vielfach auch später noch. Frau S. wird von der neuen Rente für SED-Opfer, die die Berliner Koalitionsfraktionen von Union und SPD gestern verkündet haben, nichts haben. Sie ist zwar bedürftig, saß jedoch nicht in Stasi-Haft und erfüllt damit nicht die Bedingungen für die geplante neue Opferentschädigung. Wie Tausende andere von SED und Stasi Verfolgte auch nicht.

Die Koalitionäre haben sich mit ihrer Regelung auf den kleinsten finanziellen Nenner geeinigt. Die Partei, die gerade in der Opposition saß, forderte regelmäßig eine "Ehrenpension für SED-Opfer". Wer über Regierungsmacht und Finanzen verfügte, lehnte dies ab. Mut und Zivilcourage, die oft zu lebenslänglichen Nachteilen führten, nun nur anzuerkennen, wenn sie im Stasi-Gefängnis endete, greift zu kurz. SED- und Stasi-Funktionären geht es da besser. Deren Renten stiegen beständig, ohne Bedürftigkeitsprüfung. Vielleicht hätte man das SED-Vermögen gleich für die Opfer der einst führenden Partei festhalten sollen.

Berliner Zeitung 24.01.2007

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/print/meinung/622779.html>